VR-07 (V-103)-074 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 73 bis 74:
der Politik unterschiedlicher Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten endlich wieder evidenzbasiert sein.

Menschen mit Einwanderungsgeschichte, auch in der zweiten oder dritten Generation, fühlen sich zutiefst verunsichert im aktuellen politischen Klima. Etwa 25% der Menschen mit Migrationsgeschichte denken darüber nach, Deutschland zu verlassen.

Dagegen muss Zusammenhalt und Sicherheit geschaffen werden, das Gefühl der Unsicherheit genommen und Deutschland ein sicherer Ort für eine vielfältige Gesellschaft sein.
Ein Pakt für gesellschaftlichen Zusammenhalt, unter der Führung des Bundeskanzlers, muss die Sicherheit der Menschen sichern, die in Deutschland leben und täglicher Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.
Jedes gesellschaftspolitische Gesetz der Bundesregierung muss im Sinne dieses Paktes auf diskriminierende Faktoren für von Diskriminierung betroffenen Personen geprüft werden.
Dafür soll neben einer rechtlichen und praktischen auch eine gesellschaftliche Folgenabschätzung von Wissenschaftler*innen durchgeführt werden- ganz im Sinne „Listen to the science“. Damit kann dem ständigen Generalverdacht, der Diskriminierung und dem Vorschub von Ausgrenzung wirksam begegnet werden und Gesetze könnten evidenzbasiert verbessert werden.

Begründung

In sicherheitspolitischen Debatten wird Migration als Unsicherheitsfaktor beschrieben- und damit ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht gestellt. Die Wahrnehmung vieler Menschen mit Migrationsgeschichte ist, dass sie zum Problem gemacht werden.

Im Kampf gegen religiösen Extremismus helfen aber vollkommen andere Maßnahmen entlang der Sicherheitsbehörden und ihrer Ausstattung, im Zweifel auch mit gezielten Kompetenzen.

Wir wollen dieser allgemeinen Verunsicherung entgegenwirken und und auch selbstkritisch den Erkenntnissen von Wissenschaftler*innen stellen.
Dafür brauchen wir eine institutionalisierte Überprüfung aller Gesetze, um gezielt Gefahren begegnen zu können und auf ohnehin oft marginalisierte Gruppen die notwendige Rücksicht zu nehmen.

weitere Antragsteller*innen

Greta Garlichs (KV Hannover); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Viviane Triems (KV Potsdam); Robert Langer (KV Hildesheim); Cim Kartal (KV Bielefeld); Susanne Stobbe (KV Göttingen);

Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Arne Lorenz Gellrich (KV Osterholz); Michael Lühmann (KV Göttingen); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Nicole Henkel (KV Wittmund); Christine Jochem (KV Hannover); sowie 67 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.